

# Evangelische Verantwortung

## „Macht und Verantwortung – Politik im Dienste der Menschen“

Jochen Borchert

Politik wird heutzutage  
ständig hinterfragt und  
kritisiert.

Medienvorwürfe gipfeln in  
Anklagen wie Macht-  
mißbrauch, Selbstbedienung  
und Verantwortungslosigkeit.

Politik darf nach meinem  
Verständnis

- weder in unkontrollierter  
Macht münden,
- noch persönliche  
Profilierung
- noch kurzfristige  
Wahlerfolge suchen.

Politik muß dienen.



**Jochen Borchert: Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU**

Politische Verantwortung zu haben, bedeutet Gestaltungsmöglichkeiten zum Besten der Bürgerinnen und Bürger zu nutzen, bedeutet, im Sinne des Ganzen zu wirken.

Politische – aber auch wirtschaftliche – Macht muß deshalb verantwortliches Handeln sein zum Wohle der Menschen und zur Bewahrung der uns anvertrauten Schöpfung.

Glaubwürdigkeit bedingt Ehrlichkeit und Kompetenz. Ehrlichkeit und Kompetenz bedingen einen festen Wertehintergrund. Wir haben diesen Wertehintergrund.

### Wir sind Christen.

Das „C“ in unserer Partei ist dabei mehr als nur die einfache Kurzformel „Christliches Menschenbild“.

Zum Christentum gehören der Glaube an Gott, die Einsicht, daß der Mensch als Geschöpf Gottes endlich ist und die Achtung vor dem Schöpfungswerk Gottes – unserer Erde.

Diese christlichen Überzeugungen sind für die Politik Auftrag und Verpflichtung zugleich.

Mit der in unserer Einladung zitierten Jahreslosung „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen“ bekennen wir uns dazu, daß unser menschliches Handeln nicht ohne Fehler oder Schuld ist, daß unserem Handeln Grenzen gesetzt sind und daß wir nicht alles tun wollen, was machbar wäre, wenn es gegen unsere christliche Grundhaltung spricht.

Christen wissen um die Begrenztheit ihres Tuns.

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich das Engagement des EAK in der Grundsatzprogramm-Diskussion hervorheben.

Der EAK hat seinen Beitrag dazu geleistet, daß unser christliches Verständnis auch im neuen Grundsatzprogramm-Entwurf der Union verankert ist.

Damit haben wir eine gute Ausgangsbasis, um die Alltagsprobleme zu lösen, neue Themen aufzugreifen und über den Tellerrand hinaus zukünftige Entwicklungspfade aufzuzeigen.

Aufgaben – drängende und unaufschiebbare Aufgaben – gibt es genug, fast zuviele!

Wir müssen die innere Einheit unseres Landes vorantreiben, unser Sozial-

system nach den Prinzipien der Humanität und Leistungsgerechtigkeit weiterentwickeln und der Sozialen Marktwirtschaft neue Impulse geben.

Gleichzeitig müssen wir die Verantwortung einer reichen Industrienation gegenüber den von Hunger und Elend bedrohten Völkern umfassender wahrnehmen.

Die Herausforderung für den EAK sehe ich darin, daß wir in engagierter Diskussion und mit gewohnter Streitkultur nach Antworten suchen, uns für eine Lösung entscheiden, – sie dann offen vertreten und in die CDU/CSU hineinragen.

### **Der EAK soll der Sauerteig der Partei sein.**

Es sind gerade erst vier Jahre vergangen, seit unsere ostdeutschen Landsleute mit einer beispiellosen „Graswurzelarbeit des Friedens“ – so der diesjährige Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, Friedrich Schorlemmer, – in der friedlichen Revolution ohne Haß und Gewalt das sozialistische Unrechtsregime hinwegfegten.

Es sind gerade erst drei Jahre vergangen, seit wir unter der entschlossenen Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und die Einheit Deutschlands besiegelten.

In dieser Zeit haben Sie sich, liebe Frau Merkel, in Ihrem Ministeramt und als Stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU um die Einheit Deutschlands verdient gemacht. Dem Gelingen der inneren Einheit galt auch Ihr Engagement im EAK. Sie haben viele Foren und Tagungen für nachdenkliche Beiträge und aufrüttelnde Appelle genutzt. In der menschlichen Annäherung zwischen Ost und West sind damit viele Brücken geschlagen worden.

Schon das ist eine großartige Leistung.

Gleichzeitig haben Sie es auch noch geschafft, in allen fünf neuen Bundesländern EAK-Landesverbände aufzubauen und zu einem konstruktiven Engagement anzuregen.

Frau Merkel,  
herzlichen Dank!

### **Die innere Einheit gestalten.**

In der kurzen Zeit ist auch im wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozeß schon einiges erreicht worden: Es entstehen Zug um Zug solide Unternehmen.

Aber – und das füge ich hinzu – es hat Opfer gefordert wirtschaftliche und menschliche, in Ost und West.

Manche Enttäuschungen über hohe Arbeitslosigkeit, über mangelnde gesellschaftliche Orientierung und manche Entbehrungen führen zu Bitterkeit, zu pauschalen Ablehnungen.

Dies kann dann sehr schnell in Radikalität und zuweilen leider auch in praktizierten Extremismus umschlagen.

Lassen Sie uns dafür arbeiten, daß die Distanz zwischen Ost und West überwunden wird:

### **Wir sind ein Volk.**

Die Union und im besonderen der EAK müssen dazu gemeinsam mit den Kirchen das Gespräch mit den betroffenen Menschen suchen.

Betroffene sind die Bürger im Osten, weil manche Hoffnung nicht oder nicht so schnell realisiert werden kann.

Betroffene sind auch die Bürger im Westen.

Sie müssen nach 10 Jahren Wirtschaftswachstum erfahren, daß scheinbar unbegrenztes Wohlstandswachstum und ausuferndes Anspruchsdenken an Grenzen stoßen. Dies ist für viele ein schmerzlicher Erfahrungsprozeß.

Es ist auch ein bitterer Lernprozeß – rückblickend beurteilt – für Politiker, die nur allzu gern nicht nur die jährlichen Zuwächse verteilen wollen, sondern zudem freigiebig die Sparguthaben unserer Kinder plündern. Nun werden sie die Geister nicht mehr los, die sie einst gerufen haben.

Wir alle müssen begreifen, daß wir nur eine leistungsstarke Volkswirtschaft haben können und der Umstrukturierungsprozeß in den neuen Bundesländern weiter den westlichen Finanztransfer benötigt.

Die Menschen in den neuen Bundesländern sollen im täglichen Leben erfahren, was Soziale Marktwirtschaft bedeutet: Sie bietet leistungsgerechte Chancen für jeden einzelnen, läßt Freiraum zur individuellen Entfaltung und bringt soziale Sicherheit.

### **Innere Einheit entsteht durch menschliche Brücken.**

Es wachsen aber emotionale Mauern, wenn Ostdeutsche beispielsweise erleben, daß die Beschreibung ihrer Wirklichkeit stets mit dem Verdacht des Jammerns belegt wird.

In mühevoller Kleinarbeit muß für beiderseitiges Verständnis gewonnen werden.

Dazu bietet der EAK ein Forum.

Wir wollen Ost-West-Klischees aufbrechen durch persönliche Beziehungen, durch Zuhören, Verstehen und verantwortliches Handeln.

Bei der Vollendung der inneren Einheit Deutschlands ist die Bewältigung der Arbeitslosigkeit das gravierendste Problem. Denn hinter jedem Arbeitslosen steht ein Mensch, eine Familie, stehen persönliche Schicksale.

Als Christen muß uns das betroffen machen und zur Suche nach Lösungen antreiben.

Wir müssen dabei aber akzeptieren, daß Arbeitsplätze nicht einfach „verordnet“ werden können. Nicht alles, was wünschenswert ist, kann von der Politik geleistet werden.

Arbeitsplätze und Beschäftigung für möglichst viele Menschen setzt leistungsfähige Unternehmen und eine florierende Wirtschaft voraus.

Nur wenn wir an unsere wirtschaftlichen Erfolge der 80er Jahre anknüpfen, kann die notwendige soziale Sicherheit gewährleistet, können Umschulungsmaßnahmen für Arbeitslose finanziert, Zuschüsse zum Renten- und Krankenversicherungssystem bezahlt und dringend notwendige Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt werden.

### **Perspektiven eröffnen.**

Der schmerzlichste Teil des Anpassungs- und Umstrukturierungsprozesses in der Wirtschaft bestand und be-

steht in dem erheblichen Arbeitskräfteabbau.

Unter dem Wettbewerbsdruck mußten viele Betriebe geschlossen oder mit deutlich weniger Beschäftigten weitergeführt werden.

Damit waren vielfach persönliche Einschnitte, teilweise auch schwere Schicksale verbunden.

Dies erlebe ich hautnah bei vielen Besuchen in meiner alten Heimat Sachsen-Anhalt und den anderen ostdeutschen Bundesländern.

Beispielsweise sind in der Landwirtschaft von den ehemals 850.000 Erwerbstätigen heute nur noch etwa 200.000 Beschäftigte übrig geblieben.

**G**lücklicherweise: Von den rund 650.000 ausgeschiedenen landwirtschaftlichen Arbeitskräften ist der überwiegende Teil in andere Berufe oder in Rente gegangen oder nimmt an Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung, Fortbildung und Umschulung teil.

Aber es sind auch noch viele Arbeitskräfte aus der Land- und Forstwirtschaft arbeitslos. Besonders betroffen sind die Frauen im ländlichen Raum.

Seitens der Bundesregierung gibt es eine Vielzahl von Maßnahmen, um gerade den Menschen im ländlichen Raum Perspektiven zu eröffnen.

Dabei geht es zunächst um die Förderung des Aufbaues von leistungsfähigen Betrieben in der Landwirtschaft sowie im Handel und Gewerbe. Um einen langfristig gesicherten Absatz der hochwertigen ostdeutschen Lebensmittel in ganz Deutschland und im europäischen Markt sicherzustellen, haben wir den zügigen Aufbau der Ernährungswirtschaft nachhaltig unterstützt.

Anreize zur Schaffung von wettbewerbsfähigen Unternehmen und gesicherte Arbeitsplätze sind aber nur eine Säule zur Stabilisierung der ländlichen Räume.

Mindestens ebenso bedeutsamer Eckpfeiler ist das Lebensumfeld. Denn nur wenn die Verkehrsverbindung stimmt, die Versorgung mit Schulen und Krankenhäusern ausreichend ist und die Dörfer ein gepflegtes Erscheinungsbild haben, bleiben die Menschen in ihren angestammten ländlichen Gebieten, kommen neue hinzu.

Neben dem Ausbau des Straßennetzes und der öffentlichen Verkehrsmittel kommt daher der Förderung der Dorferneuerung in den neuen Ländern eine Schlüsselrolle zu: Damit wird die bauliche Substanz erhalten und verschönert, werden Arbeitsplätze für Handwerksbetriebe geschaffen, die Eigeninitiative gestützt und andere zum Mitmachen angeregt.

Die Politik kann dabei immer nur die Initialzündung geben. Wenn der Funke nicht auf die Menschen überspringt, sind die Maßnahmen, auch wenn sie mit noch soviel Geld unterstützt werden, zum Scheitern verurteilt.

Auf dieser Basis brauchen wir eine offene Standortbestimmung und Neuorientierung an den Wertmaßstäben, die unser Land groß gemacht haben wie Zuverlässigkeit, Menschlichkeit und Mitmenschlichkeit, Eigenverantwortlichkeit.

**Wir brauchen einen Umbau in unserem Sozialstaat.** Dazu zwingen uns allein schon die demographischen Entwicklungen. Wir sind heute eines der Länder mit der niedrigsten Geburtenrate in der Welt.

Zugleich sind wir ein Land mit einer erfreulich hohen Lebenserwartung: Heute sind bereits mehr als 20 Prozent



Der neue Bundesvorsitzende des EAK, Jochen Borchert, mit Dr. Wolfgang Schäuble.

### Politik im Dienste des Menschen

Eine Politik im Dienste des Menschen muß vorausschauen auf das Morgen und Übermorgen. Was – müssen wir uns fragen – wollen wir unseren Kindern hinterlassen?

Ich frage: Wie muß unser Sozialsystem weiterentwickelt werden, damit es auch künftig gerecht, stabil und für alle finanzierbar bleibt?

Die Eckpunkte unserer Sozialpolitik sind unverändert die Gewährleistung eines menschenwürdigen Lebens, die solidarische Absicherung existenzieller Risiken und die Stärkung der eigenverantwortlichen Hilfe zur Selbsthilfe.

der Bevölkerung 75 Jahre und älter, in sieben Jahren werden es 25 Prozent sein.

Auf einen Mitbürger, der 75 Jahre und älter war, kamen zu Beginn dieses Jahrhunderts 79 jüngere. Im Jahre 2000 werden es nur noch 12 jüngere Menschen sein.

Wir sind es den wirklich Bedürftigen schuldig, soziale Leistungen zu konzentrieren.

Der Staat sollte nur dann Unterstützung gewähren, wenn der einzelne überfordert ist, soziale Hilfen unbedingt notwendig sind und die Wirtschaftskraft dies insgesamt erlaubt.

Umbau des Sozialsystems heißt, sich neuen sozialen Herausforderungen zu stellen: Wir brauchen mehr denn je die Pflegeversicherung.

Umbau des Sozialsystems heißt aber auch, den Mißbrauch einzudämmen.

Es kann nicht angehen, daß Leistungsmißbrauch zum Maßstab wird und die rücksichtslose Verwirklichung von Eigeninteressen auf Dauer unser gesamtes Sozialsystem zerstört.

Es kann doch nicht richtig sein, daß bei vergleichbaren Haushalten das Einkommen aus Sozialtransfers und Nebeneinkünften zuweilen höher ist als das aus Erwerbseinkommen.

Das ist weder politisch zu verantworten, noch mit dem Engagement für die wirklich Bedürftigen zu vereinbaren.

### Chancen und Grenzen des technischen Fortschrittes

Unsere Soziale Marktwirtschaft hat in mehr als 40 Jahren ihre wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit und Überlegenheit unter Beweis gestellt. Ein tragendes Element der wirtschaftlichen Erfolge waren dabei innovative Entwicklungen. Technischer Fortschritt hat der Menschheit beispielsweise im Gesundheitswesen viele Segnungen gebracht.

Heute müssen wir uns jedoch fragen, ob wir wirklich jeden technischen Fortschritt brauchen, welche Innovationen noch verantwortbar sind und wo die Grenzen liegen.

Können wir zum Beispiel auf die Biotechnik und Gentechnologie verzichten, obwohl wir heute schon wissen, daß damit die Umwelt geschont und endliche Ressourcen gespart werden?

Können wir uns über ernstzunehmende Warnzeichen hinwegsetzen, daß Deutschland aufgrund politischer und bürokratischer Verzögerungen in der Biotechnologie den Anschluß zu verlieren droht? Folge wäre ja nicht, daß die Forschung im Bereich Biotechnologie unterbliebe. Die Folge wäre lediglich, daß sie dann in einem anderen Land stattfindet.

Dort wird investiert, werden Arbeitsplätze geschaffen, werden Steuermittel für kulturelle und soziale Erfordernisse erwirtschaftet.

Aber: Unsere Bevölkerung ist über die Bewertung dieser neuen Entwicklungen noch unsicher.

Rund 60 Prozent der Bundesbürger lehnen Gentechnik zwar pauschal ab, gleichzeitig plädiert aber die Hälfte dieser Bürger für die Therapie von Erbkrankheiten mit gentechnischen Methoden und zwei Drittel befürworten den Einsatz in der Krebstherapie.

Wir müssen als CDU die Ängste der Bevölkerung vor den neuen Technologien sehr ernstnehmen. Umso wichtiger ist es, Chancen und Risiken vorurteilsfrei gegeneinander abzuwägen.

Die EAK muß hier im Dialog mit den Kirchen in großer Offenheit die kritischen Fragen diskutieren und Antworten finden.

### Gegen Hunger und Elend – Hilfe zur Selbsthilfe

Nach einer fast 10jährigen Aufschwungphase haben wir derzeit in Deutschland eine Reihe von wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten zu bewältigen. Diese Erfahrung darf uns allerdings nicht blind machen für die Schicksale der von Hunger und Elend bedrohten Menschen in anderen Kontinenten.

Als **Christen** sind wir ihnen **Hilfe schuldig**.

Als **Politiker** sind wir zu **Hilfen verpflichtet**, weil auf Dauer ein immer engerer Zusammenhang zwischen Überflußgebieten und Notstandsgebieten entsteht.

Denn Unterernährung, Besitzlosigkeit und fehlende Entwicklungsperspektiven können sehr schnell zu gewaltsamen Verteilungskämpfen führen, die auch die Industrienationen nicht unberührt lassen.

Über das persönliche Leid für jeden Menschen und jede Familie hinaus haben Mangel, Hunger und Armut auch langfristig katastrophale Folgen: Sie beschleunigen den Raubbau an der Natur. Und: Sie beeinträchtigen Gesundheit und Entwicklungsmöglichkeiten ganzer Völker. Damit wird ihnen auf Dauer die Grundlage verweigert, sich selbst zu helfen.

Vordergründig einfache Lösungen sind Scheinlösungen. Etwa: Wir bekämpfen den Hunger, indem wir die

Nahrungsmittel-Vorratslager der Europäischen Gemeinschaft räumen.

Nein, das sind tatsächlich nur Scheinlösungen zur Gewissensberuhigung.

Vielfach wird ja auch die Frage erhoben, ob wir es überhaupt verantworten können, in Europa Flächen stillzulegen und immer extensiver zu produzieren, während andere Völker Hunger leiden?

Unsere Bauern würden aus vollem Herzen auch viel lieber Nahrungsmittel erzeugen als sich Produktionsbeschränkungen zu fügen.

Ich meine: Nahrungsmittelhilfe zur Überwindung von Hungerkatastrophen muß sein. Sie muß aber eine befristete Maßnahme zur Lösung schlimmsten Not bleiben.

Langfristig sinnvolle Entwicklungshilfe ist eben nicht die dauerhafte kostenlose Bereitstellung von Nahrungsmitteln.

Denn nur wenn es gelingt, die landwirtschaftliche und industrielle Produktion in der Dritten Welt weiter auszubauen, kann der Lebensstandard dort spürbar angehoben, Ernährungsicherheit langfristig gewährleistet, die Bevölkerung mit der Eigenproduktion in den ländlichen Regionen gehalten und ein Anwachsen der stadtnahen Slum-Gebiete gebremst werden.

### Hilfe zur Selbsthilfe ist unser Gebot für diese Länder.

Der EAK als Forum zwischen Kirche und Politik muß auch in diesem Spannungsfeld Position beziehen und Lösungswege aufzeigen.

Wir brauchen – wie bereits Anfang der 80iger Jahre die EKD-Denkschrift „Landwirtschaft im Spannungsfeld...“ formuliert – eine „weltweite Solidargemeinschaft“.

Einige EKD-Forderungen von damals sind heute auf einem guten Weg. Ich denke da besonders an die Reduzierung der Überschüsse in der EG und stärkere Berücksichtigung ökologischer Belange in der Landwirtschaft.

Weiterer Prüfstein unserer Solidarität mit den unterentwickelten Ländern wird jetzt ein erfolgreicher Abschluß der GATT-Verhandlungen sein.

Wir haben die Verpflichtung, den bedürftigen Ländern dieser Erde eine faire Chance zu geben.

Sie wollen keine Almosen.

Sie brauchen eine faire Welthandelsordnung, in der sie ihre wettbewerbsfähigen Produkte ungehindert anbieten können.

Lassen Sie uns dafür mit allem Nachdruck eintreten.

#### Zum Dialog einladen

Es gehört zur Aufgabe der Christen in den Parteien, selbstkritisch und rechtzeitig die Probleme beim Namen zu nennen. Sich vom großen Strom tragen zu lassen und nicht gegen ihn zu wimmeln, heißt, die Quelle niemals zu erreichen.

Zur Glaubwürdigkeit in der Politik beizutragen, heißt, kritische Themen anzusprechen, zu diskutieren und nach Lösungen zu suchen und – wenn nötig – auch unbequeme zu vertreten.

Zu diesem Dialog wollen und müssen die Parteien einladen und offen sein zum Mittun – auch für Nichtmitglieder. Wir wollen im EAK auch Menschen zur Mitarbeit einladen, die sich vielleicht nur teilweise mit unseren Positionen identifizieren oder die sich einfach nur ungern binden!

Fest steht auf jeden Fall, daß heute keine politischen Gruppierungen mehr gefragt sind, die Themen unter Ausschuß der Öffentlichkeit diskutieren und dann die Ergebnisse präsentieren.

Im Diskussionsprozeß brauchen wir alle, müssen wir jeden, der mitarbeiten möchte, willkommen heißen.

Auf die Frage, wo diese „Mitarbeit auf Zeit“ bereits zum Erfolgsrezept wurde, verweise ich auf den Kirchentag.

Viele EAK-Mitglieder gehörten und gehören zu den politischen Meinungsführern in der Union – in Bund, Ländern und Gemeinden und den unterschiedlichsten Organisationen. Wenn der EAK Impulsgeber bleiben will, dann müssen sich die Mitglieder stärker einbringen. Das kostet Zeit und Kraft. Aber: In dieser bewegten Zeit etwas für eine mitmenschlichere Gesellschaft tun zu können, lohnt die Mühe.

Wir brauchen aber nicht nur den Dialog mit der Partei, sondern auch mit der Kirche.

Gerade in einer Phase tiefgreifender Veränderungen, in der sich auch unsere Kirche vielfältiger Kritik ausgesetzt sieht, sollten wir uns um offene und aktive Partnerschaft bemühen.

Dafür will ich eintreten und mich als EAK-Bundesvorsitzender engagieren.

Lassen Sie uns gemeinsam für unsere gemeinsamen Ziele arbeiten.

*Ich habe den Eindruck, daß Menschen heute über Politik und Politiker vor allem darum so verdrossen sind, weil die Politiker Erwartungen geweckt haben, die nicht erfüllbar sind. Politiker, wenn sie verantwortlich handeln wollen, müssen offen die Grenzen ihrer Macht benennen. Wenn dies ein Ergebnis der Diskussionen im Rahmen unserer Tagung sein könnte, würde mich das freuen.*

Dr. Angela Merkel, Lübeck 1993

## Macht und Verantwortung – Politik im Dienste der Menschen

Dr. Berndt Seite

**Wir leben in einem Zeitalter, in dem sich Werte wandeln und in dem viele Begriffe einer neuen Sinnggebung bedürfen. Zeiten des Wandels sind immer auch Zeiten der Suche nach Orientierung. Bei Veränderungen suchen die Menschen nach Wegweisern, nach Inseln der Sicherheit, nach Grundwerten, die Orientierung geben und damit Zukunftsvertrauen ermöglichen. Einen Konsens über gemeinsame Werte zu erzielen, ist eine ständige Aufgabe, um aus einer Ansammlung von Menschen eine Gemeinschaft, vorsichtiger: eine Gesellschaft zu formen. Hier sind Kirche und Politiker gefordert. Der weltanschaulich weitgehend neutrale Staat selbst kann diese Aufgabe nur begrenzt erfüllen. Gleichwohl ist gerade der freiheitliche Staat auf solche Werte in besonderem Maße angewiesen. Lebt er doch vom freiwilligen Konsens seiner Bürger und weniger aus der Möglichkeit, diesen Konsens notfalls mit staatlicher Gewalt erzwingen zu können.**

Das Verhältnis von Macht und Verantwortung ist ein uraltes Thema. Die Ausübung von Macht bedeutet immer auch Übernahme von Verantwortung. Die Frage bleibt, wofür und vor wem sich der Mächtige verantwortlich weiß. Und von wem er tatsächlich zur Verantwortung gezogen wird.

Verantwortung orientiert sich an bestimmten Maßstäben, christlichen oder allgemein humanistischen Vorstellungen oder, wie wir leidvoll erfahren haben, an Maßstäben einer letztlich unmenschlichen Ideologie. Politik für den Menschen ist ohne Grundwerte und ohne Grundfreiheiten für den Menschen nicht denkbar. Auch wenn die Verfassung des wiedervereinigten Deutschlands auf keine Weltanschauung festgelegt ist, ist das auf ihrer Basis beruhende Gemeinwesen aber nicht wertneutral, sondern wertbezogen. Indem die Präambel zum Grundgesetz die Verantwortung des deutschen Volkes vor Gott und den Menschen als Grundlage für die Verfassungsgebung bezeichnet, wird deutlich, daß der christliche Glaube zumindest eine be-

sonders wichtige Quelle zur Ausfüllung der Grundwerte ist, auf die in der Verfassung bezug genommen wird. Humanistische Ideen bilden einen Teil des geschichtlichen Ursprungs ihrer wesentlichen Prinzipien; die Wurzeln liegen aber vor allem in der jüdisch-christlichen Überlieferung. Daran knüpft die Präambel an.

Das dauerhafte Funktionieren unseres pluralistischen Gesellschaftssystems setzt also voraus, daß in dieser Gesellschaft auch religiöse Überzeugungen lebendig sind. Es mag zwar stimmen, daß christliche Werte nicht mehr allein ausreichen, um einen gesellschaftlichen Konsens zu erzielen. Aber, so frage ich mich, sind es letztlich nicht doch immer wieder christliche Wertvorstellungen, aus denen sich unsere moralischen Überzeugungen speisen? Sind es nicht christliche Grundwerte, die uns in unserem Leben, bei unserem Handeln Orientierung geben?

Obwohl unsere Verfassung die Trennung von Staat und Kirche vor-

sieht, hat diese – mehr auf den Bereich der jeweils eigenen Organisation bezogene Trennung – keinen die andere Seite ausschließenden Charakter; es ist vielmehr ein partnerschaftliches Verhältnis mit gegenseitigen Bindungen: Der Staat steht den Kirchen nicht gleichgültig, sondern aufgeschlossen und fördernd gegenüber. Ebenso üben die Kirchen eine aktive Rolle im Gemeinwesen aus. Eine ihrer Hauptaufgaben ist es, durch ihre Verkündigung christliche und andere für den Menschen positive Werte im Interesse der Menschen und des Gemeinwohls zu pflegen. Damit erfüllen sie ihren Auftrag. Auch hier eröffnet sich nach der Wiedererlangung der Einheit Deutschlands ein weites Betätigungsfeld.

### Wertorientierung und Sinnggebung

Das Bedürfnis nach Wertorientierung und Sinnggebung ist gerade im Osten Deutschlands sehr groß. Vor dem Hintergrund einer 40 Jahre andauernden Unfreiheit sowie der Unklarheit über die unmittelbare Zukunftsgestaltung fragen und suchen viele Menschen nach Wertmaßstäben, die ihnen behilflich sein sollen, ihr Verhalten zu bestimmen und so ihren Weg in dieser „neuen“ Gesellschafts- und Werteordnung zu finden. Mit der Entscheidung für die freiheitlich-demokratische Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland haben die Menschen in der ehemaligen DDR den Grundstein gelegt für die Verwirklichung der äußeren Freiheit. Noch immer offen bleibt die Frage nach der inneren Freiheit der Menschen, nach jener selbst bestimmten Freiheit, die sich verwirklicht in der Bindung an bestimmte Werte.

So erweist sich der Umgang mit der neugewonnenen Freiheit für viele Bürger als schwierig. Den Grundwert Freiheit mit Inhalt zu füllen, die Ausgestaltung der eigenen Freiheit, bereitet vielen Menschen noch Probleme.

Die Umorientierung von einem östlichen auf ein westliches Gesellschafts- und Wertesystem verläuft über eine Phase der Ratlosigkeit und Orientierungslosigkeit. Es gab ja keinen allmählichen Übergang, sondern Abbruch und Neubeginn. Die Netze, in denen die eigene Existenz geruht hatte, sind gewissermaßen zerrissen und müssen erst neu geknüpft werden. In Freiheit leben, meint eben nicht nur, in Freiheit von Bevormundung und Bespitzelung leben. In Freiheit

leben meint auch und gerade in Freiheit zur Verantwortung, zur Bereitschaft, die eigene Zukunftsgestaltung selbst in die Hand zu nehmen.

Politik im Dienste der Menschen bedeutet gerade heute eine Politik der Vernunft, der Toleranz und der Verantwortung von Menschen für Menschen, also der Solidarität mit anderen.

Wir leben in einem Zeitalter, in welchem wir alle vor wesentlichen Entscheidungen stehen, die eine Änderung unserer Denkgewohnheiten und



**Fagottspieler beim theologischen Abendgespräch.**

Lebensformen erfordert. Nie zuvor hatte die Menschheit die kreativen und technischen Möglichkeiten für die Sicherung und Gestaltung einer humanen und friedlichen Gesellschaft der Zukunft. Dazu gehört vor allem, daß wir damit aufhören, die Grundlagen unseres Lebens, Natur und Umwelt, gedankenlos oder mutwillig zu zerstören. Aber, wenn es darum geht, Toleranz und Verantwortung gegenüber Andersdenkenden, gegenüber Menschen anderer Religion, Rasse oder Nationalität zu zeigen und zu leben.

### Extremismus und Gewalt verhindern

Seit einigen Jahren erleben wir weltweit eine besorgniserregende Zunahme rechtsextremistischer fremden-

feindlicher Ausschreitungen. Deutschland ist von dieser Entwicklung nicht verschont geblieben. Gewalttaten nehmen allgemein besorgniserregend zu. Die Täter werden immer jünger. Täglich gibt es Meldungen über gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen, Gewalt in Kindergärten und Schulen. Wir alle haben inzwischen mehr Fragen als Antworten. Wo liegen die Wurzeln für die dramatische Zunahme der alltäglichen Gewalt, sind nicht auch die Umgangsformen in der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in den letzten Jahren zunehmend härter geworden? Bleiben die Schwachen nicht auch hier auf der Strecke? Inwieweit hat die erhöhte Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft mit dem Wandel von Werten, mit Veränderungen innerhalb der Familie oder mit einer immer größer werdenden Orientierungslosigkeit gerade bei Jugendlichen zu tun?

Natürlich ist in Zeiten wirtschaftlicher und sozialer Anspannungen jedes gesellschaftliche System besonderen Herausforderungen ausgesetzt. Deshalb ist für eine Politik im Dienste der Menschen das Vermitteln und Bewußtmachen von Grundwerten von entscheidender Bedeutung – besonders wenn es darum geht, Extremismus und Gewalt zu verhindern.

Macht verantwortlich ausüben, das heißt für uns Politiker auch zu verhindern, daß West- und Ostdeutschland auseinanderfallen und wieder getrennt werden in einen reichen und einen armen Teil. Darum ist die Angleichung der Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern die große soziale Herausforderung am Ende dieses und vermutlich auch noch zu Beginn des nächsten Jahrhunderts.

### Solidarität als Handlungsprinzip

Auch der Begriff der Solidarität erhält mit Blick auf die Verantwortung, die wir alle im und für das vereinte Deutschland tragen, eine neue Qualität. Solidarität heißt hier, nicht nur in materieller, sondern auch in geistiger Hinsicht, zueinander zu stehen. Obwohl wir drei Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands stolz auf das bisher Erreichte zurückblicken können, wird doch immer deutlicher, daß die noch vor uns liegenden Aufgaben nur solidarisch, also in gemeinsamer Verantwortung aller Deutschen, zu bewältigen sein werden. Die innere Einheit Deutschlands wird sich insbeson-

dere an der Bereitschaft und Fähigkeit der Menschen im Westen zur Solidarität mit den Menschen im Osten Deutschlands entscheiden.

Solidarität als Handlungsprinzip hat immer das Gemeinwohl der ganzen Gesellschaft zum Ziel. Wenn es uns jetzt nicht gelingt, im eigenen Land Solidarität zu leben, wer wird uns dann glauben, daß wir zur Solidarität innerhalb Europas und der Welt fähig sind? Die Interdependenz von Wirtschaft und Politik ist in allen Ländern weltweit so gewachsen, daß nahezu jedes Handeln eines Landes auch Auswirkungen auf ein anderes oder sogar ganze Teile der Welt hat. Wir sind tatsächlich zu einer Schicksalsgemeinschaft geworden, die unauflöslich miteinander verbunden ist. Politik im Dienste der Menschen heißt deshalb Verantwortung übernehmen für die kommenden Generationen – für die Bewahrung der Schöpfung. Nur in gemeinsamer Anstrengung kann es uns gelingen, Hunger, Armut, Umweltzerstörung, Krieg und Diskriminierung abzubauen. Das ist eine Aufgabe, die die Politik alleine nicht leisten kann.

Sie braucht hier die Unterstützung der Kirchen, der großen gesellschaftlichen Verbände ebenso wie das Verständnis jedes einzelnen Bürgers.

Politik im Dienste der Menschen, Macht verantwortlich ausüben kann ein höchst anstrengender und oftmals unbequemer Prozeß sein.

Christliches Handeln und Verantwortungsethik sind für mich deshalb die Orientierungspole, die der Relativierung und Beliebigkeit von Werten entgegengesetzt werden müssen. In der Präambel unseres Grundgesetzes wird auf unsere Verantwortung vor Gott verwiesen. Und wenn es auch nicht immer ausgesprochen wird, so sind es letztlich christliche Grundwerte, die uns heute den Weg weisen und zur Grundlage verantwortungsvollen politischen Handelns werden.

**Ann.:** Ministerpräsident Dr. Berndt Seite konnte leider aus terminlichen Gründen an der 34. Bundestagung in Lübeck nicht teilnehmen. Wir haben ihn gebeten, seine Gedanken zum Tagungsthema in einem Beitrag für die „EV“ niederzulegen.

# „Im Dienste der Menschen: Die Einheit gerecht gestalten!“

## Einführendes Statement zur Podiumsdiskussion

**Christoph Stier**

**Das Thema dieser Podiumsrunde benennt einen hohen Anspruch: Die Einheit gerecht gestalten. Beschreibt dieser kurze Satz tatsächlich gegenwärtige Wirklichkeit oder umschreibt er lediglich die Größe der Aufgabe, das anzustrebende Ziel? Könnte doch sein, daß es von vornherein eine Täuschung gewesen ist zu meinen, die Einheit ließe sich gerecht gestalten. Die historische Chance, die Einheit zu ergreifen, bot sich zu einem Zeitpunkt, der kaum voraussehbar war. Diese unvergleichliche Aufgabe traf Politik und Wirtschaft beinahe unvorbereitet. Es mußte unter großem Zeitdruck gehandelt werden, obwohl viel Zeit vonnöten gewesen wäre, um möglichst gerechte Lösungen anstehender Probleme zu entdecken und durchsetzen zu können.**

Die deutsche Einheit ist ein hohes Gut. Sie kostet ihren Preis, in Ost und West. Wenn es nur gelungen wäre, dies von Anfang an stärker ins Bewußtsein zu heben! Vermutlich wäre die Bereitschaft gewachsen, Lasten mitzutragen. Läßt sich der Trend in den neuen Bundesländern aufhalten, daß die Gesellschaft weiter in Verlierer und Gewinner der Einheit zerfällt?

### Marktwirtschaft und Sozialpolitik

Die Gestaltung der Bundesrepublik Deutschland ist in 40 Jahren gewach-

sen. Das wirtschaftliche Wachstum wurde in diesen Jahren zum Markenzeichen der Bundesrepublik. Unter den damaligen Rahmenbedingungen wuchsen auch die Ansprüche an den materiellen Standard der Lebensqualität und die sozialen Leistungen des Staates. Es hatte sich ein Verbundsystem von Marktwirtschaft und Sozialpolitik herausgebildet. „Marktwirtschaft und Sozialpolitik bedingen sich gegenseitig und müssen sich im Gleichgewicht befinden, sonst ist das ganze System gefährdet.“ (Helmut Hesse, Wirtschaft und Moral, Universität Hannover, Vorträge im Fachbereich

Wirtschaftswissenschaften Band 6 1989, 13) Die Balance scheint gegenwärtig aus dem Gleichgewicht zu geraten.

Die Gestalt, die die DDR in 40 Jahren annahm, beruhte vor allem auf einer besonderen Ideologie. Diese trübte den Blick für die Realität und zehrte an der wirtschaftlichen Substanz. Dennoch enthielt diese Ideologie für viele Elemente von Hoffnung.

### Freiheit und Gerechtigkeit

Die Unterschiede, die sich während der getrennten Entwicklung zweier deutscher Staaten in Deutschland herausgebildet hatten, lassen sich auf das Verhältnis zweier hoffnungsträchtiger Begriffe reduzieren: Freiheit und Gerechtigkeit, Theodor W. Adorno hat auf die unaufhebbare Dialektik von Freiheit und Gerechtigkeit hingewiesen: Je mehr Freiheit – um so weniger Gerechtigkeit; je mehr Gerechtigkeit – um so weniger Freiheit.

Es ist keine Frage, daß die SED ihre Vorstellung von Gerechtigkeit auf Kosten der Freiheit verwirklichen wollte. Das Opfer der Freiheit führte zur Willkür, die auch der Gerechtigkeit schweren Schaden zufügte. Das patriarchalische Betreuungssystem ließ die Eigeninitiative erlahmen. Ein Rückfall in unverschuldete Unmündigkeit war die Folge.

Mit der Wiedervereinigung kam die Freiheit zurück. Sie trat zuerst in Erscheinung als freie, ungebremste Marktwirtschaft. Noch bevor das entsprechende Rechtssystem wirksam werden konnte, eroberten sich markterprobte Bundesbürger in der noch bestehenden DDR ihre Marktvorteile. Als das Rechtssystem, das der Gerechtigkeit dienen soll, greifen sollte, war die Verteilung des „volkseigenen“ Nachlasses bereits in vollem Gang. Zugang zu den vorhandenen Wertbeständen hatten in erster Linie die „alten Kader“ und die zahlungsfähigen Geschäftemacher. Viele Menschen mußten mit Verbitterung feststellen, daß die Freiheit des Marktes der Gerechtigkeit Hohn lacht. Während die Bundesbürger gelernt hatten von der Freiheit Gebrauch zu machen, blieb den DDR-Bürgern vielfach nur ihre Sehnsucht nach Gerechtigkeit.

Kann zwischen Freiheit und Gerechtigkeit wieder eine angemessene Ba-

lance hergestellt werden? Beispielhaft sollen zunächst einige Konkretionen benannt werden, die in den neuen Bundesländern zu neuen Ungerechtigkeiten führten.

Die Bischöfe der evangelischen Kirchen in den neuen Bundesländern haben sich mit einer Erklärung am 1. September 1993 an die Öffentlichkeit gewandt. Darin heißt es: „Unter den Bedingungen der gegenwärtigen Rezession tritt heraus, wie nachteilig für die Entwicklung der Wirtschaft in den östlichen Bundesländern das Prinzip 'Rückgabe vor Entschädigung' sich auswirkt: ohne Grund und Boden keine Kredite, ohne Kredite keine Aufträge, ohne Aufträge keine Arbeitsplätze. Das schafft Ungerechtigkeiten und gefährdet den sozialen Frieden.“

### **Arbeit und Besitz**

Warum eigentlich muß Grund und Boden unbedingt an Privateigentümer veräußert werden? Das Rechtssystem der Bundesrepublik hat hier im Verbund mit den Banken- und Kreditwesen eine Zwangssituation geschaffen, die vielen Menschen in den neuen Ländern zunehmend die Luft ab schnürt. Wenn die Verfügung über privates Eigentum um der Freiheit und der Gerechtigkeit willen einer Einschränkung bedarf, dann in erster Linie beim Besitz von Grund und Boden. Wenn beispielsweise Erbpachtverträge von den Banken nicht als ausreichende Sicherheit für die Vergabe von Investitionskrediten anerkannt werden, wäre das doch ein Anlaß für Bund und Länder mit eigener Kreditvergabe entgegenzusteuern. Das könnte sogar auf lange Sicht billiger werden als die gegenwärtige Praxis der Investitionsbeihilfen, die gewöhnlich nur denen zugute kommen, die bereits andere Investitionsmittel zur Verfügung haben. Die Privatisierung von Grund und Boden jedenfalls ist für die Marktwirtschaft nicht unabdingbar, sie ist vielfach ein Hindernis bei der gerechten Verteilung von Marktchancen.

Der Einigungsprozeß ist schwer belastet durch die ungerechte Verteilung der Arbeit. Das ist nicht nur ein Problem für die neuen Länder, sondern für die Bundesrepublik insgesamt. Es ist längst bekannt, daß die Kapitalintensität der Wirtschaft rapide zunimmt auf Kosten der Arbeitsintensität, d.h. seit Jahrzehnten schon werden Arbeitsplätze immer teurer, während da-

durch die Arbeit immer knapper wird. Ein weiterer Effekt dieser verteuerten Arbeit ist die Tatsache, daß immer mehr Leistungsschwache, aus welchen Gründen immer, vom Arbeitsmarkt verdrängt werden. Mehr noch: die Bewertungsgrenze des Leistungsfähigen wird immer weiter nach oben verlegt, so daß der durchschnittlich Begabte und Ausgebildete bereits als schwer oder gar nicht vermittelbar eingestuft wird.

In Mecklenburg-Vorpommern arbeiteten vor der Wende etwa 180.000 Menschen in der Landwirtschaft. Gegenwärtig sind es ca. 30.000. Wo sind die 150.000 abgeblieben? Es ist kein Wunder, daß noch immer Jugendliche und qualifizierte Erwachsene in die alten Bundesländer abwandern.

Was Arbeitslosigkeit für das Selbstwertgefühl und das soziale Prestige ungezählter Menschen bedeutet, ist kaum zu ermessen. Das Empfinden, nicht mehr gebraucht zu werden, löst tiefreichende Kränkungen aus. Gerade in Deutschland – und zwar bis in die letzten Jahre in Ost und West hinein – gilt eigene Arbeit als herausragender ethischer Wert. Der Protestantismus und insbesondere die lutherische Sozialethik haben einen hohen Anteil an der verinnerlichten Arbeitsmoral vieler Deutscher. Als evangelische Christen müssen wir eine politische Lösung gerechter Arbeitsverteilung fordern. Eine verantwortlich handelnde Regierung darf es nicht den Marktkräften allein überlassen, ob sie die Arbeiter mit Hilfe neuer Technologie aus der Produktion drängt oder ob sie selbst alternative Arbeitsmodelle findet. Die Arbeitslosenversicherung ist ein Notbehelf und keine Reparaturwerkstatt für versäumte Arbeitspolitik. Die Gewerkschaften vertreten dann nicht mehr die Interessen der arbeitswilligen Bevölkerung, wenn sie in erster Linie für Lohnanteile der Arbeitsplatzbesitzer eintreten.

Solche Probleme sind für die meisten Menschen in den neuen Ländern völlig neu. Sie müssen jedoch gleichzeitig feststellen, daß die politik- und markterfahrenen Experten aus dem Westen ihnen auch nicht gewachsen sind. Der Rückgriff auf bewährte Rezepte aus dem Erfahrungsschatz der letzten 40 Jahre Bundesrepublik nützt nur wenig. Er macht die Menschen bei uns nur noch verdrossener, weil damit ihre eigene Erfahrung entwertet und der gemeinsame Vorgriff auf eine andere Zukunft eher verhindert als gefördert wird.

### **Begrenzung der Freiheit**

Was viele Menschen bei uns gegenwärtig erleben, ist Freiheit auf Kosten der Gerechtigkeit. Dies wäre vielleicht noch zu ertragen, wenn sich wenigstens der Gebrauch der Freiheit gerecht verteilen ließe. Doch die Freiheit, wie sie erlebt wird, ist die Freiheit erbarungslos konkurrierender wirtschaftlicher Mächte. Ihnen gegenüber fühlen sich die meisten Menschen ohnmächtig und hilflos. Wer arbeitslos und besitzlos ist oder sogar beides, wird zum Objekt solcher Freiheit und nicht zu ihrem Teilhaber. Dabei vergeht ihnen auch die Freiheit der Rede und der politischen Initiative. Wenn dieser Trend weiter anhält, nimmt die Gefahr zu, daß Freiheit in Gleichgültigkeit und Resignation umschlägt oder gar in Aggressivität und Gewalt. Dies gilt zu verhindern. Deshalb brauchen wir eine gerechte und gerechtfertigte Begrenzung jener Freiheiten, die Menschen zu deren ohnmächtigen Objekten machen. Wenn der Egoismus des Marktgesetzes auch die Politik ergreift, dann ist es höchste Zeit, Kants Fassung des kategorischen Imperativs in Erinnerung zu rufen: Handle so, als ob die Maxime deines Handelns gleichzeitig Grundlage einer allgemeinen Gesetzgebung sein sollte. Auch die Wirtschaft ist kein moralfreier Raum. „Dort, wo Egoismus, Habgier und Geiz von Menschen anderen zum Nachteil wird oder gar ihre Ausbeutung bewirkt, muß ihnen der Weg verstellt werden. Wo die Moral dazu zu schwach ist, muß ihr eine Wettbewerbsordnung an die Seite gestellt werden, auch sind die sittlichen Normen, die staatliche Gesetze zu kleiden und obrigkeitlich durchzusetzen.“ (H.Hesse a.a.O. 5)

Begrenzung der Freiheit um der Gerechtigkeit willen folgt aus dem Recht. Was jedoch viele im Augenblick davon spüren, ist das Komplizierte und Kostspielige am Rechtsstaat. Gerade das Straf- und Prozeßrecht dient eher dem Schutz der Freiheit als der Herstellung von Gerechtigkeit. Das hat seinen guten Sinn, was Menschen aus der ehemaligen DDR durchaus zu schätzen wissen. Daß damit jedoch das Unrecht, das so vielen in der Vergangenheit widerfahren ist, nicht geahndet werden kann, führt zu bitteren Enttäuschungen. Dies wäre vielleicht vermeidbar gewesen, wenn rechtzeitig und offen auf die Grenzen des Rechtsstaates aufmerksam gemacht worden wäre. Es muß als ungerecht empfunden werden,



wenn ehemalige Mitarbeiter des MfS zwar aus dem Öffentlichen Dienst entfernt werden, jedoch als Personaldirektoren oder Managementberater in viel einflußreicheren Machtpositionen wieder auftauchen. Wenn das Recht hier nicht greift, muß man dann vor der schlechten Realität einfach kapitulieren? Doch es ist auch kein angemessener Weg, eine in diesen Zusammenhängen nicht greifende Strafgesetzgebung durch Vermengung mit dem Sozialversicherungsrecht ausgleichen zu wollen. Dies ist z. B. im ersten Renten Anpassungsgesetz geschehen. Wem der Stempel „staatsnah“ aufgedrückt werden kann, werden die Bemessungsgrundlagen für die Rentenberechnung zurückgestuft.

Viele Politiker und Politikerinnen beklagen einen Werteverlust in unserer Gesellschaft und fordern gerade die Kirche auf, dem entgegenzusteuern. Es trifft wohl zu: Die Menschen sehnen

sich nach glaubwürdigen Entwürfen für die Zukunft. Diese könnte sogar eher bescheiden sein gegenüber den unglaublich gewordenen Hoffnungsbildern vom neuen Wirtschaftswunder und dem ständig weiteren Wachstum von materiellem Wohlstand. Die Menschen wollen beteiligt werden an der Gestaltung einer gerechteren Ordnung des gemeinsamen Staatswesens. Dabei können die Kirchen helfen, doch dann müssen auch sie ihr eigenes Verhalten überprüfen und verändern sowie gegen eine Weltordnung antreten, die wirtschaftlichen Erfolg als obersten Wert des politischen Gemeinwesens zur Geltung bringt. Eine Umkehr ist nötig, die Gerechtigkeit und Freiheit wieder in ein angemessenes Verhältnis zueinander bringt.

**Ann.:** Christoph Stier ist evangelischer Landesbischof der Landeskirche Mecklenburgs.

## „Im Dienste der Menschen: Die Einheit gerecht gestalten!“ Einführendes Statement zur Podiumsdiskussion

Tyll Necker

**Bei der Eröffnung der Leipziger Messe im März '92 habe ich die deutsche Wiedervereinigung mit einer großen Reifeprüfung für unser Volk verglichen. Wir haben diese Prüfung noch lange nicht bestanden. Der historische Glücksfall der deutschen Einheit droht in West und Ost nur all zu oft in Frustration und Entfremdung umzuschlagen. Dies zu verhindern, sind wir gemeinsam aufgerufen.**

Ich möchte mich einer kurzen Analyse der Licht- und Schattenseiten des Einigungsprozesses beginnen:

Wir sollten nie vergessen:

I. Die Wende hat zur Überwindung staatlicher Willkür und millionenfacher Bespitzelung, Unterdrückung und Verfolgung geführt. Dies alles abzuschütteln und Meinungsfreiheit herzustellen, hat allein schon jede Anstrengung gelohnt.

II. Im ökonomischen Bereich ist die größte Chance der sozialen Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern die Freisetzung der Eigeninitiative und Kreativität ungezählter Menschen.

Aber natürlich sollten auch die konkreten Erfolge der sozialen Marktwirtschaft und der Wiedervereinigung nicht gering eingeschätzt werden:

– Die Versorgung im Osten verbesserte sich innerhalb weniger Wochen grundlegend. Aus permanentem Mangel wurde ein reiches Warenangebot.

– Konvertibles Geld – die harte D-Mark – öffnete die Tore zur ganzen Welt und macht die Verwirklichung mancher Träume möglich.

– Im Handwerk, im Handel, in der Bauwirtschaft und in den Dienstleistungsbereichen entsteht ein neuer Mittelstand. Hunderttausende können ihr Leben selbst gestalten – mit allen Chancen, aber auch Risiken.

– Die soziale Marktwirtschaft bringt Farbe ins Land und drängt – für jeden sichtbar – „grau raus“.

– Es sind bereits spürbare Verbesserungen beim Schutz von Natur und Umwelt eingetreten und dies nicht nur durch einen Rückgang der Produktion.

– Eine Perspektive für eine schrittweise Verwirklichung von „Wohlstand für alle“ wird langsam erkennbar.

Neben diesen unzweifelhaft fundamental positiven Entwicklungen dürfen aber schwere Strukturbrüche und Fehlentwicklungen nicht übersehen werden.

Hier gilt es zu unterscheiden zwischen dem unvermeidbaren Untergang alter Strukturen und vermeidbaren Fehlentwicklungen.

In einem historisch so einmaligen Prozeß werden natürlich Fehler gemacht und müssen auch verziehen werden. Aber wir sollten uns klar machen, daß auch die beste Medizin durch Kunstfehler in Verruf kommen kann und der Patient unter ihnen weit mehr zu leiden hat als der Arzt. Der Transformationsprozeß von sozialistischer Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft muß daher immer wieder unter dem Gesichtspunkt der

– Zumutbarkeit für die Menschen und  
– der Effizienz des Prozesses, also der Optimierung des Einsatzes der immer knappen Mittel, überprüft werden.

Dabei werden die Urteile sehr unterschiedlich ausfallen.

### Das Wünschbare und das Machbare.

Die Einheit gerecht gestalten – das wirft nicht nur die philosophische Frage auf: Was ist gerecht? sondern es zwingt uns auch, das Wünschbare und das Machbare miteinander abzuwägen.

Die Weckung der Erwartung – durch Politiker und Tarifparteien – gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West seien in 3-5 Jahren erreichbar, haben zu nicht erfüllbaren Ansprüchen und unnötigen, schweren Belastungen und Enttäuschungen geführt. Ludwig Erhard war klug genug, den Mut zum Markt mit engagierten „Appellen zum Maßhalten“ zu verbinden. Wir müssen das Maßhalten offensichtlich erst mühsam lernen.

## Was bedeutet auch eine schnelle Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West?

Sind damit vorrangig gleiche Einkommen gemeint? Oder die Gleichheit von Arbeitsplatz- und Lebenschancen? Wohlstand kann leider nicht verordnet werden. Das haben Sozialisten immer wieder versucht und sind jedesmal gescheitert.

Unternehmen im Wettbewerb können nur soviel bezahlen, wie der Kunde bereit ist, für ihre Leistung auszugeben. Steigen die Einkommen schneller als die Leistungsfähigkeit, so brechen die Unternehmen und damit die Arbeitsplätze wie überforderte Lastesel zusammen.

Wer – um der Gerechtigkeit willen – gleiche Einkommen in Ost und West fordert, obwohl die Produktivität außerordentlich unterschiedlich ist, nimmt hohe Arbeitslosigkeit und ungleiche Lebenschancen in Kauf.

In Anlehnung an einen Bibelspruch möchte ich fragen: „Was hülfte es den Menschen in Ostdeutschland, wenn sie westdeutsches Einkommensniveau gewinnen und nähmen doch Schaden an ihren Arbeitsplätzen und an ihrer Seele?“

Die Einheit gerecht gestalten darf nicht mit der schnellen Schaffung gleicher Lebens- und Einkommensverhältnisse gleichgesetzt werden. Es geht um die menschengerechte Gestaltung der Einheit. Jede Verkürzung auf materielle Gleichheit ist wirtschaftlich illusorisch und führt zu einem Verlust menschlicher Identität.

Steht hinter der Forderung nach gleichen Lebensverhältnissen in Ost und West nicht implizit die Vorstellung: „Ihr müßt schnellstens so werden wie wir?“ Soll die Einheit im Dienste der Menschen gerecht gestaltet werden, kommt es nach meiner Überzeugung vor allem darauf an, daß die Menschen in den neuen Bundesländern die Chance erhalten, an eigenen Erfolgserlebnissen zu wachsen und ihr Leben und ihre Heimat selbstbestimmt zu gestalten.

Am meisten schmerzt mich, daß es wegen falscher Zielvorstellungen und fehlerhaften Instrumente in den neuen Bundesländern kaum zu einer echten Aufbruchstimmung gekommen ist. Das befreiende Gefühl: „Wir schaffen

es – mit eurer Hilfe, aber aus eigener Kraft“ - wird vom importierten Anspruchsdenken und viel westlicher Arroganz erstickt.

Nicht das bereits Erreichte zählt, sondern der ständige Vergleich mit dem Westen produziert Ungeduld und Unzufriedenheit. Wird Wohlstand vorwiegend verteilt und kann er nur unzureichend selbst erarbeitet werden, so fehlt die Bestätigung aus eigenen Erfolgen und zuviele Menschen, Firmen, ja ganze Branchen und Regionen kommen an den „Tropf staatlicher Sozialpolitik“.



**BDI-Präsident Tyll Necker**

Und im Westen will es nicht gelingen, Besitzstandsdenken und Verkürzungen – „die Tyrannei des Status Quo“ - zu überwinden. Die einzigartige Chance, aus unterschiedlichen Erfahrungen zu lernen, droht in menschlicher und finanzieller Überforderung zu ersticken.

Die Selbstheilungskräfte der Marktwirtschaft sind beachtlich. Sie können aber genauso überfordert werden, wie die Selbstheilungskraft der Natur. Es geht um das richtige Gleichgewicht zwischen Bewegen und Bewahren, was wir immer wieder suchen müssen.

Im Bereich des Umweltschutzes haben wir in den letzten Jahrzehnten schrittweise gelernt, daß ökologische Systeme komplexe Gebilde sind. Jeder unbesonnene Eingriff in die labilen Gleichgewichte der Natur kann zu katastrophalen Folgen führen.

Wann aber werden wir bereit sein, auch in der Wirtschaft die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten zu respektieren und sie in den Dienst des Gemeinwohls zu stellen, statt ständig gegen sie zu verstoßen. Die Sicherung ökonomischer Effizienz erfordert Leistungsgerechtigkeit. Verteilungsgerechtigkeit zur Sicherung der Schwachen und Hilfsbedürftigen bedarf einer korrigierenden Sekundärverteilung. Wird in einer Marktwirtschaft von den Unternehmen die Zahlung politischer Einkommen gefordert und diese Forderung auch durchgesetzt, um vermeintliche Verteilungsgerechtigkeit herzustellen, so geht nicht nur die Leistungsgerechtigkeit verloren, sondern es gehen auch die im internationalen Wettbewerb stehenden Betriebe kaputt. Wer gegen die Gesetze der Statik verstößt, baut Luftschlösser, die zusammenbrechen müssen. Wer gegen die Gesetze des Marktes verstößt, verhindert einen selbsttragenden Aufschwung und jede menschengerechte Perspektive. Wir müssen auch im wirtschaftlichen Bereich aus „verkürztem Denken“ herauskommen und auch die künftigen Wirkungen politischer Ziele und Maßnahmen einbeziehen und berücksichtigen.

Es sind Verstöße gegen die Chancengerechtigkeit, die den Einigungsprozeß am schwersten belasten. Wir schicken z.B. die Industrie in den neuen Bundesländern mit schweren Nachteilen in einen sehr ungleichen Wettbewerb.

- Eine unzureichende Kapitalausstattung und Produktivität,
- verlorene Kunden und Märkte,
- der schwierige Marktzugang gegen etablierte Konkurrenten, im Westen und
- ein unzureichendes Training unter Weltmarktbedingungen

sind nur einige der Handikaps, die entmutigen müssen. Bitte stellen Sie sich einmal vor, Sie sollten bei einem Autorennen mit einem Trabi gegen BMW und Mercedes antreten. Wenn Sie keine Siegeschancen haben, wird der Wettbewerb zur Farce und mündet in Bitterkeit und in ein beschädigtes Selbstbewußtsein.

Die Politik hat versucht, mit Investitionsförderung die Chancengerechtigkeit zu verbessern. In den Bereichen, wo die Leistung vor Ort erbracht werden muß – die also nur dem regionalen Wettbewerb ausgesetzt sind – z.B. im Handel, im Handwerk und in der Bau-

industrie haben die Menschen in den neuen Bundesländern hunderttausendfach ihr Engagement und ihre Leistungsfähigkeit bewiesen.

Die Bereiche aber, in denen die Leistung im internationalen Wettbewerb erbracht werden müssen, weil das Angebot aus allen Ländern der Erde in die neuen Bundesländer transportiert werden kann – dies trifft fast ausschließlich für die Industrie zu – ist die Investitionsförderung ein notwendiges aber unzureichendes Mittel, um Wettbewerbsnachteile auszugleichen. Wer

Anbietern eine faire Chance gewährleisten. Wir können von ihnen aber nicht verlangen, daß sie auf den Leistungsvergleich verzichten.

Es geht aber nicht nur um Chancengerechtigkeit zwischen West und Ost, sondern auch um Wettbewerbsgerechtigkeit zwischen subventionierten Treuhandbetrieben und privatisierten Unternehmen. Das Management eines Treuhand-Unternehmens kann sehr viel entspannter schlafen und günstiger anbieten, als ein privatisiertes Unternehmen im Osten.



**Generalsekretär Peter Hintze, MdB, mit dem Präsidenten des BDI, Tyll Necker und Moderatorin Renate Bütow**

kaum Chancen hat, Aufträge im Wettbewerb zu gewinnen und unter massiven Liquiditätsengpässen leidet, wird erst gar nicht investieren und damit die Förderung nicht erreichen können.

Ich habe daher auch für den BDI schon seit langer Zeit gefordert, mehr Chancengerechtigkeit für die Industrie in den neuen Bundesländern durch einen Zuschuß zur selbsterwirtschafteten Wertschöpfung in degressiver Form zu gewähren. Dies ist bei den Konkurrenten im Westen nicht unbedingt beliebt, aber für mehr Chancengerechtigkeit unbedingt erforderlich.

1992 gingen noch 15 % der Lieferungen der ostdeutschen Industrie über die Grenzen der neuen Bundesländer hinaus. In diesem Jahr sind es nur noch knapp 10 %. Westdeutschland liefert mehr als 7 mal so viel in den Osten als es aus dem Osten einkauft! Auch eine EINKAUFSINITIATIVE OST, wie sie vom BDI zusammen mit der Treuhand begründet wurde, kann hier nur sehr begrenzt Abhilfe schaffen. Wir müssen alles daran setzen, daß westliche Einkäufer den östlichen

Die große Mutter Treuhandanstalt gleicht im Zweifel auch Verluste aus, die jeden Privatbetrieb in den Konkurs getrieben hätte. Dies muß zu massiven Wettbewerbsverzerrungen führen. Wir haben daher immer gefordert, Chancengerechtigkeit durch eine gleiche und transparente Förderung der noch bei der Treuhand verbliebenen Unternehmen zu schaffen.

Quasi-Bestandsgarantien für sogenannte „industrielle Kerne“ können dagegen nur zu weiteren Wettbewerbsverzerrungen führen. Es geht keineswegs um die Frage, ob der Industrie in den neuen Bundesländern geholfen werden soll, sondern nur, wie Wettbewerbsverzerrungen zwischen Ost und Ost und Ost und West auf das unvermeidliche Minimum beschränkt werden können und Chancengerechtigkeit hergestellt werden kann.

Besonders auch von kirchlichen Kreisen wurde die Forderung aufgestellt:

### „Die Teilung in Deutschland durch Teilen überwinden“

Diese Forderung stellt nach einer Überzeugung viel zu einseitig auf Verteilungsgerechtigkeit (Justitia distributiva) ab und verstärkt damit die Verteilungskämpfe, die uns am Ende alle nur ärmer machen.

Ich weiß, daß jedes Schlagwort eine Verkürzung der Realität bedeuten muß. Dies trifft auch für meine Forderung zu:

### „Die Teilung in Deutschland durch Hilfe zur Chancengerechtigkeit überwinden“

Bei kommunizierenden Röhren findet der Ausgleich von Niveauunterschieden auf mittlerer Höhe statt. Der Eine gewinnt – was der Andere verliert – im Ganzen ist es ein „Nullsummenspiel“.

Wir müssen dagegen anstreben, durch richtige Ordnungspolitik neue rentable Arbeitsplätze zu schaffen und im Osten zu einem selbsttragenden Aufschwung und im Westen zu neuer Wachstumsgeschwindigkeit zu kommen. Wir werden dies nur erreichen, wenn unsere ganze Gesellschaft wieder wettbewerbsfähiger und leistungsorientierter wird. Gemeinsam einen größeren Kuchen backen, an dem der Osten durch eigene Leistungen und gewaltige Transferleistungen zunehmend partizipiert, das sollte unser Ziel sein. ■

*Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß EAK-Arbeit vor Ort oft mühsam ist. Die meisten – gleich ob auf Landes- oder Kreisebene – können nicht mit der Unterstützung von Hauptamtlichen rechnen. Angesichts der schwierigen Finanzlage der Partei können wir hier keine Veränderungen erwarten. Das heißt, Sie alle werden sich weiter sehr stark selber einbringen müssen. Ich denke aber, daß wir dabei gemeinsam viele positive Erfahrungen machen können. Eine Reihe von gelungenen Landestagungen in diesem Jahr zeigt, daß der Einsatz sich lohnt.*

Dr. Angela Merkel, Lübeck 1993

# Individuelle Verantwortung für die Verwirklichung von Humanität und Recht in der Gesellschaft

Dr. Angela Merkel

Die Bundesministerin für Frauen und Jugend, Dr. Angela Merkel, hielt bei dem Festakt zum 150. Jubiläum von B'nai B'rith in der Deutschen Staatsoper Berlin am 10. Oktober 1993 in Berlin eine Rede, aus der wir Auszüge dokumentieren.

B'nai B'rith („Söhne des Bundes“) – das bedeutet vor allem Brüderlichkeit, Toleranz und Verständigung. Das bedeutet die Verpflichtung, das Wohlergehen der Gemeinschaftsmitglieder zu sichern und zu schützen – eine Verpflichtung, die zum Kern jüdischer Existenz gehört. Ich wünschte mir, daß unsere modernen Gesellschaften stärker von dieser Kultur des Helfens und des Füreinander-Einstehens geprägt würden. Das wäre ein Zugewinn an Humanität in unserer Welt und ein gutes Fundament für die Zukunft.

B'nai B'rith wurde von deutschen Juden in Amerika ins Leben gerufen. Die Verbindung zum deutschen Judentum hat diese Organisation über lange Jahrzehnte hinweg ganz wesentlich geprägt.

1882 wurde hier in Berlin der deutsche B'nai B'rith gegründet. Es waren die ersten Jahre nach der bürgerlichen Gleichberechtigung der Juden im Deutschen Reich von 1871. Es waren aber auch die Jahre, in denen der Antisemitismus sich vom vormodernen Antijudaismus gleichsam emanzipierte und zunehmend rassistische Züge bekam. Und dennoch – in dieser Zeit entfaltete sich die Synthese von christlich-jüdischer Kultur, der dieses Land so viel zu verdanken hat, wie nie zuvor.

Trotz vieler Schwierigkeiten war Deutschland ein Land, in dem sich Juden zu Hause und ganz selbstverständlich dazugehörig fühlten. Dafür stehen beispielhaft die Namen des Malers Max Liebermann, des Unternehmers Emil Rathenau, des Journalisten Maximilian Harden oder auch des Theaterregisseurs Max Reinhardt und der Lyrikerin Else Lasker-Schüler.

Die deutschen Bürger jüdischen Glaubens identifizierten sich mit diesem Deutschland, sie traten für dieses Land ein, engagierten sich in Wissenschaft, Forschung und Bildung, sie halfen Schwachen und Notleidenden,



Dr. Angela Merkel in Lübeck

ja sie setzten im Ersten Weltkrieg ihr Leben für dieses Land ein.

Das Deutschtum der gebildeten Juden in jenen Dekaden war kein Versuch der Tarnung, keine ängstliche Selbstverleugnung, sondern ein Gefühl der Teilhabe an einer Kultur, die Humanisten und Kosmopoliten wie Kant, Schiller und Goethe hervorgebracht hatte.

Um seine grundsätzliche Verbundenheit mit Deutschland zu zeigen und zu empfinden, mußte ein deutscher Jude keineswegs sein Judentum aufgeben. Wenn er es auch häufig tat, so war Deutschland in jener Zeit auch ein Zentrum jüdischen Denkens, jüdischer Kultur und jüdischer Identität.

Das Besondere des deutschen Judentums lag in dem Versuch, das Eigene immer wieder neu zu gewinnen, ohne den Kontakt zur gesellschaftlichen Umgebung zu verlieren. Die Einbettung in die große jüdische Geschichte sollte sich vereinbaren mit deutscher Vaterlandsliebe. Der Versuch dieser Synthese ist schmerzlich gescheitert.

Schon vor 1933 und vor dem Ersten Weltkrieg waren die Juden in vieler Hinsicht nur oberflächlich integriert. Gerade der tiefgehende Einfluß auf bestimmte Gebiete des kulturellen und öffentlichen Lebens, den sich die deutschen Juden in nur kurzer Zeit erarbeitet hatten, nachdem ihnen jahrhundertlang Restriktionen auferlegt waren, wurde zur Quelle von Mißgunst und Haß.

Es gehört zur tiefen Tragik dieser Geschichte, daß in einem Moment, in dem es nach 1945 ein freies und demokratisches Deutschland gab, das die Möglichkeit auf eine dauerhafte und glückliche Synthese zwischen Juden und Nichtjuden bot, das deutsche Judentum bereits weitgehend der Vergangenheit angehörte.

Es wäre jedoch ein später Sieg die nationalsozialistischen Machthaber, wenn in Deutschland die Erinnerung an jüdisches Leben vor dem Beginn der Barbarei verloren ginge. Es ist eine Erinnerung an den jüdischen Beitrag zur deutschen Kultur, der sich vielleicht als Wille zur Humanität zusammenfassen läßt. Die deutschen Juden haben auf ihre Weise darum gerungen – die besten von ihnen als Philosophen, Schriftsteller, Wissenschaftler, Maler oder Komponisten. In diesem Kampf um das Humane sehe ich den verpflichtenden Auftrag des einst großen deutschen Judentums an unsere Gegenwart und Zukunft.

Dazu gehört auch die Erinnerung an die fast vollständige Vernichtung der deutschen Juden. Es darf nie wieder aus dem Gedächtnis der Menschheit gelöscht werden, was der Nationalsozialismus der Judenheit nicht nur in diesem Land, sondern in ganz Europa angetan hat. Wir Deutsche müssen mit der schrecklichen Wahrheit leben, daß den Juden in den Jahren von 1933 bis 1945 von Deutschen unsagbares Leid zugefügt wurde. Wir wissen, daß das Verbrechen dieses Völkermordes in seiner kalten, unmenschlichen Planung und in seiner tödlichen Wirksamkeit in der Geschichte der Menschheit einmalig ist.

In der Vorbereitung zu diesem Festakt las ich ein Wort des langjährigen Vorsitzenden von B'nai B'rith in Deutschland vor dem Kriege, des Rabbiners Leo Baeck. Es hat mich tief bewegt. Leo Baeck sagte nach seiner Befreiung aus dem Konzentrationslager Theresienstadt: „Für uns Juden aus Deutschland ist eine Geschichtsepoche

zu Ende gegangen. Eine solche geht zu Ende, wenn immer eine Hoffnung, ein Glaube, eine Zuversicht endgültig zu Grabe getragen werden muß. Unser Glaube war es, daß deutscher und jüdischer Geist auf deutschem Boden sich treffen und durch ihre Vermählung zum Segen werden können. Dies war eine Illusion – die Epoche der Juden in Deutschland ist ein für allemal vorbei.“

Natürlich können wir nicht einfach dort anknüpfen, wo es 1933 endete. Aber es gehört zur Wahrheit und es ist ein historisches Verdienst, daß sich auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Bürger jüdischen Glaubens wieder bereit fanden, tatkräftig und mit ihrem moralischen Wort und Gewicht beim Aufbau Deutschlands zu helfen. Auch diese Erinnerung wollen wir bewahren, um den Willen zur Gemeinschaft in einer besseren Zukunft zu stärken.

Der Wandel der letzten Jahre hat dazu geführt, die kleine jüdische Gemeinde in Deutschland deutlich zu vergrößern. Ich persönlich sehe es als ein großes Zeichen des Vertrauens an, das Tausende von jüdischen Menschen aus dem Osten Europas nach Deutschland gekommen sind, um hier als unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger zu leben und zu arbeiten. Dadurch hat das jüdische Gemeindeleben in Deutschland neue Impulse erhalten.

Gerade hier in Berlin sind Gemeindestrukturen entstanden, die in vielerlei Hinsicht zukunftsweisend sind. Es ist mir eine besondere Freude, daß die Berliner Synagoge wieder neu entstanden ist und ihrem eigentlichen Zweck dient, dem Gebet. Und nach vielen Jahrzehnten gibt es hier in Berlin auch erstmals wieder ein jüdisches Gymnasium.

Dies alles ist nur wenig, wenn man daran denkt, wie eng Berlin und Judentum in früherer Zeit auf glückliche Weise miteinander verwoben waren. So eng, daß Fontane, ein Kenner der Berliner Geschichte, das jüdische Element einen unverkennbaren, unauslöschlichen und wichtigen Bestandteil des spezifisch berlinischen Stils nannte. Wir können uns glücklich schätzen, wenn zumindest etwas davon in die deutsche Hauptstadt zurückgekehrt ist.

Der große deutsch-jüdische Denker Martin Buber hat zeitlebens auf die enge Verbindung von Judentum und

Christentum hingewiesen, die auf der gemeinsamen Überzeugung von der Gottebenbildlichkeit, der Einzigartigkeit und der unveräußerlichen Würde des Menschen beruhe. Daraus erwächst Juden und Christen die Pflicht, die Chancen, die sich in diesem neuen Zeitalter für die Menschheit im Sinne von Freiheit, Selbstbestimmung und Frieden bieten, gemeinsam zu nutzen und dafür zu arbeiten.

Schon seit über 30 Jahren gilt den Juden in der ehemaligen Sowjetunion die besondere Fürsorge von B'nai B'rith. Es ist heute unsere Aufgabe, den Menschen in Rußland, in den Staaten der GUS sowie in den anderen ehemals kommunistisch regierten Staaten, aber auch den Menschen in der sogenannten Dritten Welt verstärkt zur Seite zu stehen. Wir sichern den Frieden in der Welt nicht durch gigantische Rüstungsprogramme; wir machen den Frieden sicherer, indem wir Werke der Menschlichkeit tun.

Frieden sichern – das ist nicht nur eine Aufgabe zwischen den Staaten, sondern auch eine Aufgabe, die im Innern eines jeden Landes zu bewältigen ist. Ich bin zutiefst beschämt über die menschenverachtenden Anschläge gegen Ausländer hier in meinem Land. Ich bin beschämt über die Schändung von jüdischen Gedenkstätten und Friedhöfen. Diese Taten sind eine Schande für Deutschland.

Es gibt Fremdenfeindlichkeit in diesem Land, und es gibt rechtsradikale Organisationen. Viele Menschen sind darüber erschüttert und nehmen dies zu Recht sehr ernst. Die Bundesregierung hat vielfältige Maßnahmen ergriffen, um den Extremisten zu begegnen. In den vergangenen Jahren wurden fünf rechtsextreme Organisationen verboten. Es ist beabsichtigt, den Gebrauch von nationalsozialistischen „Ersatzsymbolen“ unter Strafe zu stellen. Wir haben Sondergruppen der Polizei und des Verfassungsschutzes gegen Rechtsextremisten gebildet.

Wer Freiheit dazu mißbraucht, Rassismus zu predigen, Menschen anderer Herkunft oder anderen Glaubens zu drangsalieren oder gar umzubringen, der muß mit der entschiedenen Gegenwehr des Staates rechnen.

Wirklich gewaltbereit sind etwa 2 bis 5 Prozent. Einige davon greifen zur Gewalt, weil sie einen Sündenbock suchen oder weil sie sich von der Demagogie rechter Ideologen verführen

lassen. Dann werden schnell Ausländer als diejenigen abgestempelt, die Schuld an der eigenen Perspektivlosigkeit sind. Andere Jugendliche wollen einfach provozieren. Sie finden Gefallen daran, Tabus zu durchbrechen. Viele von ihnen sind noch sehr jung. Oft sind sie nicht älter als dreizehn oder vierzehn. Ihre Provokation ist oft ein Hilferuf nach besseren Zukunftschancen und sinnvollen Betätigungsfeldern.

Zu erklären bedeutet nicht zu rechtfertigen. Keine noch so schwierige Situation rechtfertigt Gewalt gegen andere Menschen.

Ignatz Bubis hat vor wenigen Tagen gesagt, daß den etwa 6 400 Jugendlichen, die auch zu schweren Straftaten bereit sind, „Millionen und Abermillionen junger Leute gegenüberstehen, die Gewalt verabscheuen“. Ich bin ihm für diese Worte dankbar. Jeder Gewalttäter und jeder Rechtsradikale ist einer zuviel. Wir werden ihnen auch weiterhin mit aller Kraft entgegentreten. Aber richtig ist eben auch, daß wir nicht vor einem neuen Nazismus in Deutschland stehen. Über 95 Prozent der jungen Deutschen lehnen Gewalt ab.

Es muß vor allem darum gehen, langfristig der Gewalt vorzubeugen. Als Jugendministerin habe ich neben vielen anderen Maßnahmen ein Programm gegen Aggression und Gewalt begonnen. Damit wollen wir Jugendlichen in der schwierigen Umbruchsituation konkrete Hilfestellung geben und Orientierung vermitteln. Wir haben damit erste Erfolge erreicht. Sie machen deutlich, daß die Eskalation der Gewalt aufgehalten werden kann.

Gewalt ist ein soziales Phänomen nicht nur hier in Deutschland. Es gibt Gewalt in vielen Bereichen: in den Familien, gegen Frauen und Kinder, im Straßenverkehr, in den Medien, und auch das organisierte Verbrechen nimmt in beunruhigender Weise zu.

Wenn wir der Gewalt an den Wurzeln begegnen wollen, dann müssen wir gemeinsam neu darüber nachdenken, welche Werte es eigentlich sind, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Denn die Probleme unserer Tage – Gewalttätigkeiten, Intoleranz, mangelndes Rechtsbewußtsein, fehlende Solidarität – haben gewiß etwas damit zu tun, daß in Elternhäusern, Schulen, aber auch in den Medien und – zumindest in Deutschland – selbst in den Religionsgemeinschaften die Vermittlung von Werten vernachlässigt wurde. ■

## Leserbrief

Betr.: Ev 9/93, Artikel  
Dr. Werner Hofmann

Zum ausgezeichneten Artikel von Dr. Werner Hofmann nur eine kurze Überlegung zum Problem Kirchensteuer: Sollte jemals eine Änderung veranlaßt werden, dann müssen sich die, die sich einer ihnen lästigen Steuer zu entziehen versuchen, darüber klar sein, daß die sozialen Aufgaben, die zum Teil mit der Kirchensteuer abgedeckt werden, ja nach wie vor vorhanden sind. Das heißt praktisch: der Staat muß dann eine Sozialsteuer einführen, die alle Bürger zahlen müssen, da ja ein Austritt aus dem Staat nicht möglich ist. Und in welcher Höhe eine solche alle Bürger betreffende Steuer ausfällt, ist wohl wert hinterfragt zu werden. Bislang zahlen die Kirchensteuerzahler für die aus einer Kirche Ausgetretenen die sozialen Lasten mit: aus selbstverständlicher bürgerlicher Solidarität.

Ottmar Strohm,  
Oststr. 24, 86825 Bad Wörishofen

## Bücher

**Wilhelm Hahn, Der Ruf ist immer neu, Aus 200 Jahren der baltischen Theologenfamilie Hahn, Seiten: 180, Häussler Verlag Neubausen – Stuttgart 1993**

Dieses Buch berichtet aus den letzten 200 Jahren der baltischen Theologenfamilie Hahn. Es beschränkt sich dabei auf das Leben von sechs Familienmitgliedern aus fünf aufeinander folgenden Generationen, die im öffentlichen und kirchlichen Leben besonders hervorgetreten sind und deren Wirken uns durch Biographien, historische Arbeiten und insbesondere durch Autobiographien anschaulich dokumentiert ist. Diese Lebensberichte haben nicht nur biographisches Interesse; denn in ihnen spiegelt sich jedesmal auch ihre Epoche mit ihren Problemen und Anschauungen, so daß die sechs Lebensberichte zugleich eine zeit- und kirchengeschichtliche Doku-

mentation darstellen, die ihren besonderen Wert darin hat, daß Ereignisse, Probleme und Antworten jener vergangenen Zeitabschnitte uns aus der Perspektive der damals Lebenden begegnet.



Dieser Blick in das Leben unserer Väter und Mütter – und das gilt wahrlich nicht nur für diese Familien – kann uns bewußt machen, wie ernst sie ihre Verantwortung vor Gott nahmen und bereit waren, aus ihr Konsequenzen zu ziehen. Auch wenn wir in einer veränderten Welt leben, sollten wir das geistige Erbe, das in ihrem Leben Gestalt gewonnen hat und das sie uns vermittelt haben, als verpflichtendes Kapital betrachten, das zu nutzen und neu zu verlebendigen jeder folgenden Generation befohlen ist. Gerade die Geschichte der Familie Hahn zeigt, daß der Ruf zur Verantwortung zu jeder Zeit und in jedem Leben andere Antworten erfordert.

So will dieses Buch mit seinen Berichten aus fünf Generationen der Theologenfamilie Hahn nicht nur eine Familiengeschichte sein, sondern ganz allgemein Verständnis für unsere Väter und Mütter in den vorausgegangenen Generationen wecken und bewußt machen, wie viel wir ihnen verdanken. Eine Generation, die meint, nur aus sich selbst ihr Leben gestalten zu können, und kein Verhältnis zu ihrer Geschichte hat, wird zur vaterlosen Gesellschaft ohne Wurzeln und deshalb ohne Früchte. Erst recht sollten wir Christen uns mit denen verbunden wissen, die uns im Glauben vorausgegangen sind und uns die Botschaft des Evangeliums bezeugt und vorgelebt haben.

(aus: dem Vorwort)

## Aus unserer Arbeit

Zum Entwurf des CDU-Grundsatzprogrammes

**Kirchzarten.** Daß es sich nicht um eine der üblichen politischen Veranstaltungen handelte, kündigte sich gleich zu Beginn an, als **Pfarrer Dr. Gieser** mit einer kurzen Andacht die Veranstaltung eröffnete.

Um was es inhaltlich ging, sagte **Ingeborg Babucke**, die Leiterin des Evangelischen Arbeitskreises: Vorstellung und Diskussion des im Entwurf vorliegenden Grundsatzprogrammes der CDU Deutschlands.

In seiner Einführung in das mehr als 200 Artikel umfassende Werk machte **Dekan Franz Doleschal** dann auch die Wichtigkeit dieses Vorhabens deutlich und hob hervor, daß die Grundlage für dieses Programm das christliche Verständnis vom Menschen sei. Mit Genugtuung könne man feststellen, daß das Grundsatzprogramm auch Platz für Nichtchristen biete.

Ob zu der im Programm genannten Fehlbarkeit des Menschen ein Zusammenhang mit den diversen Rücktritten von Politikern herzustellen sei, blieb der Interpretation der zahlreich erschienenen Teilnehmer überlassen. Dekan Doleschal verwies in seinen Ausführungen mit Nachdruck auf die Pflicht eines jeden Christen hin, sich für das Gemeinwohl nach Kräften zu engagieren. Dabei könne und solle man die CDU beim „C“ nehmen. Es war bemerkenswert, wie Franz Doleschal immer wieder auf die eindeutige Verankerung der christlichen Grundtugenden wie Nächstenliebe oder Solidarität Wert legte.

Die Erläuterungen von **Staatssekretär Ludger Redemann** zu dem mehr an wirtschaftlichen Gesichtspunkten orientierten Teil des Grundsatzprogrammes beschäftigten sich insbesondere mit der Sicherung des Wirtschaftsstandortes durch Verbesserung der Aus- und Fortbildung, der Schaffung eines attraktiven Steuerklimas, der Begrenzung der Lohnnebenkosten und der Verbesserung des sozialen Friedens.

Integration der Aussiedler nicht ohne Rücksicht auf die Religion

**Bielefeld.** „Erst nehmen sie uns die Sprache, dann die Sitte und schließlich den Glauben. Wir müssen nach Deutschland, damit unsere Kinder Christen bleiben“. Es war einer der führenden Mennoniten Rußlands, der mit diesen Worten die notwendige Aussiedlung der Rußlanddeutschen begründet hat. Nicht aus Angst vor nationaler Verfolgung, sondern aus rein religiösen Motiven, wie Pastor **Dr. Johannes Reimer** feststellt. Doch statt geistlicher Rettung fanden sie die historische mat säkularisiert vor.

Als Fazit seines Vortrags mit dem Titel „Einheimisch werden. Sozio-religiöse Integration der Aussiedler als Bedingung“ sagte der mennonitische Pastor: Wollte man den Rußlanddeutschen wirklich helfen, dann sei vor allem theologische Hilfe angesagt. Wollten wir Integration im Sinne wirklicher Eingliederung der Aussiedler in unser gesellschaftliches Leben, dann kann eine tiefe Aufklärung nicht ausbleiben. Freilich bedeutet das nicht eine Angliederung der Glaubensvorstellung an die westlich-liberalisierten Denkschemata.

In einer engagierten Diskussion, der auch der Aussiedlerbeauftragte der Evangelischen Landeskirche, **Pfarrer Dr. Christoph Seiler** und Sozialpfarrer **Eberhard Hahn** beiwohnten, präzierte Dr. Reimer seine Thesen. Er nannte er als Beispiel Gemeinden, in denen es unter anderem mit der Hilfe von Logos gelinge, einen Erneuerungsprozeß in Gang zu setzen.

Der EAK Bielefeld bestätigte **Angelika Schulze**, die auch stellvertretende Landesvorsitzende ist, als Kreisvorsitzende. Ihr Stellvertreter ist **Fritz Götz**, Schriftführer **Thorsten Ruppel**. Zu Besitzern wurden gewählt: **Horst Krause, Dr. Gerhard Rödding, Dr. Dietrich Weber** und Professor **Dr. Helmut Wenck**.

## Gedankenaustausch zwischen Politikern und Studenten

**Wiedenest.** Der Evangelische Arbeitskreis der CDU, Bezirksverband Bergisches Land, besuchte das Missionshaus und die Bibelschule Wiedenest. Ein Kennenlernen und ein Gedankenaustausch zwischen den CDU-Politikern und den Studenten des Missionshauses sollte es sein. Ein mehrstündiges intensives Fragen und Diskutieren um Ethik und Glauben in der Politik, die Einflußnahme von Christen im politischen Raum, und um die grundsätzliche Frage: „Kann sich ein Christ noch auf Politik einlassen“ wurde daraus.

Unter der gemeinsamen Leitung von Schulleiter **Hartwig Schmurr** und **Dr. Hans Horn MdL**, Bezirksvorsitzender des EAK Bergisches Land, saßen ca. 120 junge Leute und deren Dozenten, sowie Bürgermeister **Karl-Siegfried Noss**, Kreistagsmitglied **Reinhard Flick** und der Vorsitzende der CDU Bergneustadt, **Dieter Neukrantz**.

## Schwieriger, aber stetiger Aufschwung

**Nienburg.** Um die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern ging es auf einer Vortragsveranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises im CDU-Kreisverband Nienburg, zu der Arbeitskreisvorsitzender **Helmut Leeke** zahlreiche Gäste begrüßen konnte.

Als erster Referent stellte **Dieterich Harms**, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Strausberg, seinen Landkreis vor, 30 Kilometer östlich Berlin, der mit der Hinterlassenschaft des sowjetischen Militärs zu kämpfen habe. Die Kreisinfrastruktur sei aber gut, problematisch jedoch die noch hohe Arbeitslosigkeit. Die Nähe Berlins bewirke auch zu hohe Grundstückspreise, und Mühe bereite nicht wenig die mangelnde Flexibilität gerade der jungen Leute.

Bürgermeister **René Koth** erläuterte die Situation der Stadt Atlandsberg im gleichen Kreis. In der Verwaltung sei die Zahl der Beschäftigten stark reduziert worden, aber Gewerbebetriebe mit vielen Arbeitsplätzen seien neu angesiedelt worden.

Mit der Sanierung des Altstadtkerns beschäftigt, könne man inzwischen über Telefon- und Gasversorgung nicht mehr klagen. Schwierig sei es für die Verwaltung jedoch, sich in dem komplizierten Regelwerk der westdeutschen Gesetze zurecht zu finden.

Aus der Sicht der Treuhandanstalt nahmen die Juristen **Ludwig Harms** und **Gerd Kinderling** aus Magdeburg Stellung.

Vertiefende Fragen bewiesen das große Interesse der Zuhörerschaft, in deren Namen Vorsitzender **Leeke** den Referenten vielmals für die anschauliche Darstellung der Aufbauprobleme und -erfolge dankte.

## Themen „Glauben und Politik“ aufgreifen

**Leipzig.** Die Gründung eines Evangelischen Arbeitskreises für Leipzig und Umgebung steht unmittelbar bevor. Auf Einladung von **Karlheinz Bauer**, Landrat der Kreise Borna und Geithain, hatten sich einige Personen zusammengefunden, um miteinander über ihre Erfahrungen mit Kirche, Politik und Partei zu sprechen. Sie befürworteten die Bildung eines Arbeitskreises, um sich intensiv mit den Zusammenhängen zwischen Glaube und Politik sowie Kirche und Staat auseinanderzusetzen. **Dr. Michael Feist** übernahm es, in einer Veranstaltung unter dem Thema „Politik aus christlicher Verantwortung“ über Anliegen, Ziele und Aufgaben des Evangelischen Arbeitskreises zu informieren sowie Vorschläge zur künftigen Arbeit in Leipzig zu machen.

## Spendenaktion

**Heinsberg.** Bereits seit 1990 hat der Evangelische Arbeitskreis der CDU im Bezirksverband Aachen Kontakte zu einer ev. Luther. Gemeinde in der Nähe von Oppeln aufgenommen. Ein ehemaliges Pfarrhaus soll zu einem Jugendzentrum umgestaltet werden. Landeskirchenrat **Gutheil** der Ev. Landeskirche Rheinland und **Arnulf von Bock**, Mitglied des Kirchenkreises Aachen, haben die Verbindung zum Zwecke einer Hilfe im früheren Oberschlesien geschaffen.

Das Jugendzentrum soll die Kommunikation der Menschen untereinander fördern, als Zentrum ökumenischer Gespräche dienen und nicht zuletzt einer funktionierenden Jugendarbeit zugeführt werden.

Die gut erhaltene Bausubstanz kann mit einem geschätzten Materialkostenaufwand von rund DM 25.000 funktionstüchtig saniert werden. Die Ausführungsarbeiten werden von den Gemeindemitgliedern durchgeführt und in Zusammenarbeit mit Mitgliedern des Evangelischen Arbeitskreises koordiniert.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU im Bezirksverband Aachen bittet um Ihre finanzielle Mithilfe bei der Verwirklichung des Jugendzentrums. Die Spendenaktion wird durch das Jugendreferat des Kirchenkreises Aachen unterstützt. Überweisen Sie Ihren Spendenbetrag auf das Konto des Kirchenkreises Aachen bei der

Sparkasse Aachen  
Konto-Nr. 429 886  
Bankleitzahl 391 501 00  
Stichwort:  
Jugendzentrum Lubienie  
Spendenbescheinigungen können ausgestellt werden.

## Einladung

zur Diakonie-Tagung nach Lippstadt  
in das evangelische Gemeindehaus, Brüderstr. 15, 59555 Lippstadt

## „Diakonie im Gemeinsamen Haus Europa“

**Samstag, 27. November 1993**

**Beginn: 10.00 Uhr – Ende ca. 15.00 Uhr**

EAK-Kreisvorsitzende Angelika Schulze, Lämmkenstatt 56, 33729 Bielefeld,  
Telefon: 0521-762633/Fax: 0521-761725 (ab 18. November 1993)

## EAK-Bezirk Mittelrhein plant Israel-Reise

*Der Bezirksvorstand des EAK-Mittelrhein hat beschlossen, ein Reiseunternehmen mit der Durchführung einer Rundreise durch Israel zu beauftragen. Das beauftragte Unternehmen ist seriös und erfahren in der Planung und Veranstaltung solcher Reisen. Die Reise findet vom*

**13.-22. 5. 1994**

*statt. Start- und Zielflughafen in Deutschland wird Frankfurt/Main, in Israel Tel Aviv sein. Die Rundreise wird in klimatisierten Bussen mit deutschsprechendem Reiseführer durchgeführt, die Übernachtungen sind in Kibbuz-Gästehäusern bzw. 3-Sterne-Hotels mit Dusche oder Bad und WC. Der Teilnehmerkreis ist offen, er ist also nicht auf Mitglieder des EAK-Mittelrhein beschränkt. Die Kosten für Reise mit Halbpension werden sich voraussichtlich pro Person im Doppelzimmer je nach Teilnehmerzahl auf 2.100,- DM bis 2.300,- DM, Einzelzimmerzuschlag ca. 250,- DM belaufen.*

*Es besteht außerdem die Möglichkeit eines anschließenden Badeurlaubs in Beth Hava bei Naharia zu günstigen Preisen, ohne daß sich der Flugpreis dadurch erhöht.*

**Weitere Auskünfte erteilt:**

**Friedemann Schwarzmeier, Erzstraße 27, 53604 Bad Honnef.**

## Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dr. Sieghard-Carsten Kampf, Christine Lieberknecht, ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf ● Abonnementspreis jährlich 20,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 53113 Bonn  
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

### Aus dem Inhalt:

Macht und Verantwortung – Politik im Dienste der Menschen Jochen Borchert	1
Macht und Verantwortung – Politik im Dienste der Menschen Berndt Seite	5
Im Dienste der Menschen: Die Einheit gerecht gestalten! Christoph Stier	7
Im Dienste der Menschen: Die Einheit gerecht gestalten! Dr. Tyll Necker	9
Individuelle Verantwortung für die Verwirklichung von Humanität und Recht in der Gesellschaft	12
Aus unserer Arbeit	14

### Unsere Autoren:

Jochen Borchert MdB  
Bundesminister  
Rochusstr. 1  
53123 Bonn

Dr. Berndt Seite  
Ministerpräsident  
Schloßstr. 2-4  
19053 Schwerin

Christoph Stier  
Landesbischof  
Münzstr. 8  
19055 Schwerin

Dr. Tyll Necker  
Präsident BDI  
Gustav-Heinemann-  
Ufer 84-88  
50968 Köln

Dr. Angela Merkel MdB  
Bundesministerin  
Kennedyallee 105-107  
53175 Bonn

100% Altpapier  
chlorfrei hergestellt

*Ein Wort gerät als Schlagwort immer mehr ins Zwielficht. Der inflationäre Gebrauch schwächt seine Glaubwürdigkeit. Immer mehr Menschen führen es im Munde, immer weniger scheinen „Solidarität“ zu praktizieren. Ist sie in einer Wohlstands- und Anspruchsgesellschaft zu einem Deckmantel für Eigen- und Gruppenliebe verkommen? Wird sie zum (Selbst-)Täuschungsmanöver, wenn sie einerseits lauthals gefordert, andererseits nur ungern geübt wird? Setzt sie Andersdenkende nach dem Motto „Willst du nicht mein Bruder sein, so ...“ unter moralischen Druck, verschafft ihnen ein schlechtes Gewissen und bringt sie zum Verstummeln? Kann sie als eine Art Zauber- und Beschwörungsformel Probleme, Konflikte und Interessengegensätze bewältigen?*

*Bei allem möglichen Mißbrauch und Mißverständnis bleibt der rechte Gebrauch „solidarischen Verhaltens“ sinnvoll und notwendig. Als Gegenteil von ungebändigtem Egoismus und aggressivem Einzelkämpfertum bedeutet Solidarität, (Mit-)Verantwor-*

*tung zu übernehmen, Hilfe zur Selbsthilfe anzubieten und Rücksicht zu nehmen. Die besten Voraussetzungen dafür sind, die (Not-)Situation des anderen realistisch einzuschätzen und freiwillig und „mit dem Herzen“ die fremden Bedürfnisse zum eigenen Programm zu machen. Wer sich ganz öffnet, wird an der Not anderer nicht nur passiv teilnehmen, sondern hieraus auch Schlußfolgerungen ziehen. Vor allem wird er Solidarität als ein Füreinander-Einstehen begreifen und erfahren lernen. Sind wir lediglich nicht alle voneinander abhängig und wird nicht jeder einzelne auch für die Gesamtheit gebraucht?! Diese Abhängigkeit mit gegenseitigen Pflichten und wechselseitigen Verpflichtungen eröffnet gemeinsames Handeln.*

*Eine neue Solidarität wird geboren, wenn die stets konkrete Nächstenliebe den Fernsten nicht vergißt. In der menschlichen Finsternis und Kälte weist sie als soziales Licht den Weg in eine gemeinsame Zukunft.*

**Burkhard Budde**